



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe Juni 2015



Bis zu 400.000 Asylbewerber kommen 2015 nach Deutschland

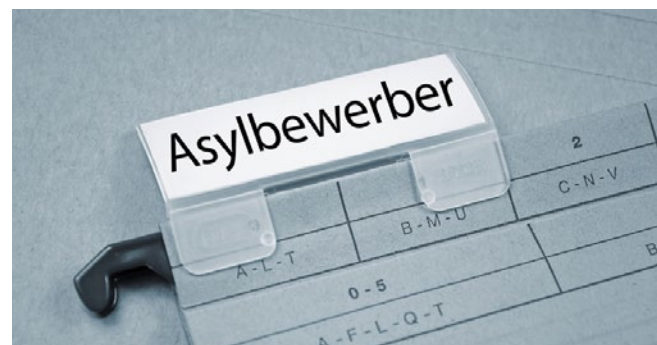
Im vergangenen Jahr sind rund 470.000 mehr Menschen nach Deutschland zu- als fortgezogen. Davon geht das Statistische Bundesamt aus. Damit kam es zur höchsten Zuwanderung seit mehr als 20 Jahren. Lediglich 1992 lag die Zuwanderung bei rund 782.000 Menschen. Im Jahr 2013 betrug der Saldo aus Zu- und Abwanderung noch 429.000, 2012 rund 369.000 Menschen. Etwa drei Viertel der Zuwanderer stammten aus EU-Staaten.

Jeder zweite Deutsche für Aufnahme von mehr Flüchtlingen

Die Hälfte der Bundesbürger ist dafür, dass Deutschland mehr Flüchtlinge als bislang aufnimmt. Das ergab jetzt eine aktuelle Umfrage der ARD. In dem ARD-DeutschlandTrend sprachen sich 44 Prozent der Befragten dagegen aus, hierzulande weitere Flüchtlinge unterzubringen. Die unterschiedlichsten Ansichten zu diesem Thema äußerten die Anhänger der Grünen und der AfD: 74 Prozent der Grünen-Anhänger können sich noch mehr Flüchtlinge in Deutschland vorstellen, 82 Prozent der AfD-Wähler sind gegen jede weitere Aufnahme. Nach Ansicht von 81 Prozent der Befragten sollte Deutschland mehr Geld investieren, um die Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge zu verbessern.

2.000 neue Bearbeiter von Asylanträgen

Als Reaktion auf den erwarteten massiven Zuwachs an Asylanträgen in diesem Jahr will die Bundesregierung für deren Bearbeitung mehr Personal bereitstellen. Durch diese Aufstockung soll auch die Zeit bis zu einer Entscheidung über einen solchen Antrag verkürzt werden. Das ist ein Ergebnis des jüngsten sogenannten Flüchtlingsgipfels bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Bearbeitung von Asylanträgen obliegt dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. Dort sind bislang 2.800 Mitarbeiter tätig.



38 Millionen Binnenflüchtlinge

– „die schlimmsten Zahlen einer ganzen Generation“

Rund 38 Millionen Menschen weltweit waren Ende 2014 gezwungen, wegen kriegerischer Auseinandersetzungen oder allgemein drohender Gewalt ihr Zuhause zu verlassen. Damit stieg die Zahl dieser Flüchtlinge im eigenen Land auf den höchsten bislang registrierten Wert. Diese erschreckenden Daten weist die aktuelle Erhebung des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) zu den sogenannten Binnenflüchtlingen aus. Jan Egeland, Generalsekretär des norwegischen Flüchtlingsrats (NRC) und Mitautor der Studie, nannte sie „die schlimmsten Zahlen einer ganzen Generation“. Zur besseren Einordnung – 38 Millionen Menschen entsprechen in etwa den Einwohnerzahlen der Weltmetropolen London, New York und Peking zusammen.

Doch nicht nur Terroristen vom Schlege einer Boko Haram in Nigeria oder der fanatischen Dschihadisten-Miliz „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und dem Irak treiben täglich rund 30.000 Menschen in die Flucht. Erstmals seit dem Balkankonflikt auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens in den 1990er Jahren musste das UNHCR auch wieder Binnenflüchtlinge in Europa wahrnehmen: Denn der Krieg in der Ukraine hat im vergangenen Jahr nahezu 650.000 Menschen aus ihrem Heimatort vertrieben. Sie müssen derzeit in Notunterkünften ihr Dasein fristen.

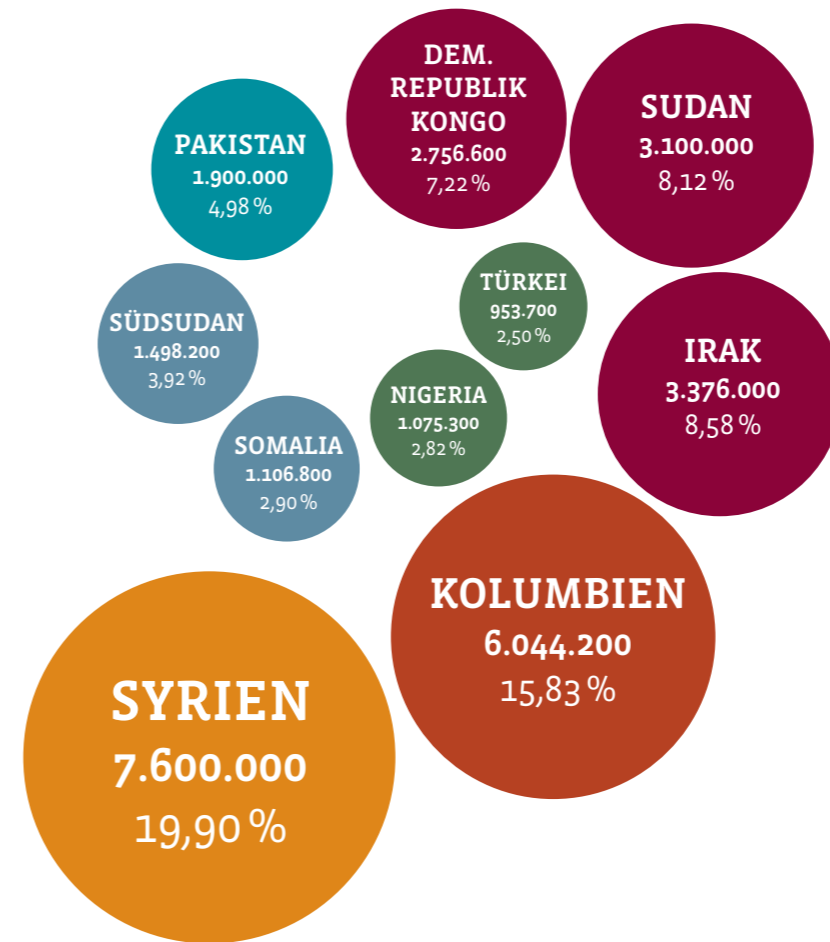
Die meisten Vertriebenen im eigenen Land registrierte das UNHCR 2014 in Syrien, wo sich 7,6 Millionen Menschen vor dem Krieg und der Gewalt der Islamisten in anderen Landesteilen in vermeintliche Sicherheit brachten. Das bedeutet im Klartext: 40 Prozent der gesamten syrischen Bevölkerung sind in ihrer Heimat auf der Flucht. Hinter Syrien folgen

Kolumbien mit rund 6 Millionen Binnenflüchtlingen, der Irak mit 3,4 Millionen, der Sudan mit 3,1 Millionen und der Kongo mit 2,8 Millionen. Insgesamt verteilen sich rund drei Viertel aller Binnenvertriebenen weltweit auf nur zehn Länder.

Verantwortlich für dieses Elend machte NRC-Generalsekretär Egeland „skrupellose bewaffnete Männer, die getrieben sind von politischen oder religiösen Interessen“. Gegen sie seien auch Diplomaten, UNO-Resolutionen, Friedensverhandlungen und Waffenruhen machtlos, stellte er fest. Dabei ist zu betonen: Der jetzt vorgestellte UNHCR-Bericht beschäftigt sich allein mit dem Schicksal der länderinternen Flüchtlinge. Die Situation derjenigen Frauen, Männer und Kinder, die außerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes Schutz suchen, wird das UNHCR Ende Juni in seinem Weltflüchtlingsbericht darstellen. Laut dem vorherigen Report war die Gesamtzahl der Flüchtlinge weltweit zum Jahresende 2013 auf mehr als 51 Millionen und damit die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg angestiegen.

Zu Binnenflüchtlingen werden Menschen vor allem in Ländern mit internen Konflikten, die von verfeindeten Volksgruppen, politischen Konkurrenten, Guerilla- und Terror-Organisationen oder auch „nur“ kriminellen Banden wie in Mexiko oder Peru ausgehen können. Doch damit nicht genug: Auch große Baumaßnahmen – wie etwa bei Staudammprojekten – können Ursache dafür sein, dass Einwohner zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen sind.

Aus all diesen Gründen hat sich nach den Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks die Zahl der Binnenflüchtlinge im Zeitraum von 1999



77% der Binnenflüchtlinge weltweit leben in nur zehn Ländern

bis 2013 nahezu vervierfacht. Damit entfielen von den alles in allem rund 51 Millionen Menschen, die Ende 2013 auf der Flucht waren, mehr als 33 Millionen auf die Binnenflüchtlinge.

Wie das UNHCR betont, versuchen von diesen Flüchtigen immer mehr, ihre Heimatländer zu verlassen und im Ausland Schutz zu suchen, je mehr sie die Hoffnung auf Frieden zu Hause verlieren. Dann kommt es auch zu Geschehnissen wie derzeit im Mittelmeer, bei denen verzweifelte Menschen das eigene Leben bei gefährlichen Bootsüberfahrten riskieren, wie der stellvertretende UN-Flüchtlingskommissar, Volker Türk, klarstellte.

Europa: Hickhack um Flüchtlingsquoten

Angesichts des immer weiter wachsenden Stroms von Flüchtlingen in die EU hat sich Brüssel dazu durchgerungen, deren Verteilung auf die einzelnen Mitgliedsstaaten neu zu regeln. Nach einem Quotenschlüssel sollen die Schutzsuchenden künftig gerechter auf die EU-Staaten verteilt werden. So will man insbesondere Italien und Griechenland, die bislang mit den meisten Flüchtlingen konfrontiert sind, entlasten. Die Rede ist derzeit von rund 40.000 Menschen, die nach einem Quotensystem von anderen EU-Mitgliedern aufgenommen werden sollen.

Bislang sieht es für die Pläne der Kommission jedoch nicht gut aus. Denn zahlreiche Mitglieder der Gemeinschaft sind mit den ihnen zugewiesenen Anteilen nicht einverstanden. So verweigern sich einige osteuropäische Länder einer Quotenregelung mit der Begründung, diese schaffe nur einen Anreiz für mehr Zuwanderung. Spanien wiederum fordert eine Berücksichtigung der jeweiligen Arbeitslosenzahlen bei der Quotenzuweisung. Und Großbritannien ist dafür, jegliche weitere Zuwanderung militärisch zu unterbinden. Lediglich Deutschland, Italien und Griechenland unterstützen die EU-Pläne bislang.

EU will Flüchtlingstragödie im Mittelmeer mit 10-Punkte-Plan begegnen

Im Mittelmeer zeichnet sich nach den Befürchtungen von Experten eine immer größer werdende Flüchtlingskatastrophe ab. Ihr will die EU mit einem 10-Punkte-Plan begegnen, den die Außen- und Innenminister der Mitgliedstaaten kürzlich nach einer Sondersitzung zu dem Thema in Luxemburg präsentierten. Danach wird sich die Strategie der Gemeinschaft, mit der sie dem massenweisen Sterben von Bootsflüchtlings vor den Küsten Europas begegnen will, im Wesentlichen auf zwei Kernthemen konzentrieren: Zum einen sollen mehr Mittel für die Grenzüberwachungsprojekte „Triton“ und „Poseidon“ bereitgestellt werden, nicht zuletzt um dafür mehr Schiffe anschaffen zu können. Die Rede ist von einer Aufstockung der bislang hierfür frei gegebenen Gelder auf das Doppelte.

Der zweite Schwerpunkt des 10-Punkte-Plans zielt auf ein verstärktes militärisches Vorgehen gegen die Schlepperbanden ab, deren Boote zerstört werden sollen. Zu diesem Zweck sind auch Einsätze an Land angedacht. Dazu muss zuvor jedoch sichergestellt werden, dass ein solcher Militäreinsatz gegen die Schlepper nicht vom UN-Sicherheitsrat gestoppt wird.

Die Internationale Organisation für Migration geht davon aus, dass bislang in diesem Jahr mehr als 1.720 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer den Tod fanden. Sollte diese Entwicklung so weitergehen, muss demnach für 2015 mit insgesamt mehr als 30.000 Toten gerechnet werden.

Flüchtlingen steht psychologische Hilfe zu

Asylbewerber haben in Deutschland Anspruch auf eine psychotherapeutische Behandlung. Dies hob die Bundesregierung jetzt in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage im Bundestag hervor. Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) führten demnach zu einer Beschränkung der Zeit, in der Flüchtlingen lediglich Grundleistungen zur Gesundheitsversorgung zustehen, von zuvor 48 auf nunmehr 15 Monate. In diesen ersten 15 Monaten bekommen die Flüchtlinge nur eine sogenannte Akut- und Schmerzversorgung. Daran anschließend stehen Berechtigten dann Gesundheitsleistungen auf dem Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu.

Darin sind ebenfalls „notwendige und angemessene psychotherapeutische und andere Leistungen zur Krankenbehandlung“ enthalten. Diese Behandlungen werden von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen.

Flüchtlinge leiden häufig unter den zum Teil traumatischen Bedingungen ihrer Flucht. Nach den sozialgesetzlichen Bestimmungen haben Versicherte der GKV Anspruch auf eine Behandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. Dies schließt auch die Diagnostik und Behandlung von psychischen Störungen mit ein.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALER DIENST
Chilehaus
Fischertwiete 2
20095 Hamburg
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Giradetstraße 2-38 (Eingang 3)
45131 Essen

STIFTUNG SOZIALER DIENST



die deutsche Tochter der
PUBLIC SERVICE FOUNDATION
eine Initiative der EUROPEAN HOMECARE